„Europa übernimmt endlich Verantwortung“

Obwohl die FDP blockierte, kommt die EU-Lieferketten-Richtlinie. Gut so, sagt der Völkerrechtler Markus Krajewski

Interview **Hannes Koch**

taz: Weil die FDP die EU-Lieferkettenrichtlinie monatelang blockierte, waren Nachverhandlungen nötig – mit dem Ergebnis, dass der Text nun schwächer ausfällt. Ist er trotzdem in Ordnung?

Markus Krajewski: Ja, die Richtlinie ist auch so akzeptabel. Man kann über die Details streiten, doch insgesamt haben die Verhandlungen keine schlimmen Änderungen verursacht. Wenn die meisten Unternehmen die Richtlinie umsetzen, wovon ich ausgehe, werden sich die Arbeitsbedingungen weltweit zum Positiven verändern.

Nun müssen sich aber weniger Unternehmen an die Regeln halten, weil Mindestumsatz und Mitarbeiterzahl angehoben wurden. Außerdem gelten lange Übergangsfristen, bis die Richtlinie in Kraft tritt. Ist das keine erhebliche Abschwächung?

Das ist nicht schön. Tatsächlich werden tausende Unternehmen nicht unter die Richtlinie fallen, die sich sonst daran hätten orientieren müssen. Trotzdem wurde die Grundstruktur beibehalten. Sehr wichtig erscheint mir, dass die hiesigen Betriebe künftig zivilrechtlich haftbar sein werden.

Mit welchen Folgen?

Wenn eine europäische Firma mitverantwortlich ist für einen Schaden, den Beschäftigte eines Zulieferers erleiden, dann haftet sie bald dafür. Sie kann in ihrem Heimatland, etwa Italien, Deutschland oder Dänemark, auf Schadensersatz verklagt werden. Das ist eine deutliche Verbesserung.

Muss Deutschland die strengere EU-Regelung übernehmen?

Das deutsche Lieferkettengesetz muss entsprechend verschärft werden. Bisher ist die zivilrechtliche Haftung darin nicht enthalten.

Der Sinn der EU-Richtlinie besteht ja darin, dass europäische Firmen künftig auf die sozialen und ökologischen Menschenrechte der Beschäftigten ihrer globalen Zulieferer achten müssen. Wie könnte sich das außerdem konkret auswirken?

Die Unternehmen, die unter die Richtlinie fallen, müssen zum Beispiel einen Beschwerdemechanismus einrichten. Wenn Beschäftigte in Asien keinen Lohn erhalten, können sie sich etwa per Mail an die hiesige Firma wenden. Diese sollte dann mit ihrem Zulieferer Kontakt aufnehmen, damit der Missstand abgestellt wird. Im deutschen Lieferkettengesetz gibt es dieses Verfahren schon. Aus meiner Zusammenarbeit mit Unternehmen weiß ich, dass sie es überwiegend ernst nehmen. Künftig wird diese Regelung auch für Betriebe in anderen EU-Mitgliedstaaten gelten.

Das hiesige Lieferkettengesetz ist in manchen Punkten strenger als die kommende EU-Richtlinie. So gibt es in Deutschland bisher keine Untergrenze für den Umsatz, sodass hier zurzeit mehr Firmen erfasst sind. Muss Deutschland auch diesen schwächeren EU-Standard übernehmen?

Nein, strengere nationale Regeln brauchen nicht an niedrigere EU-Vorgaben angepasst zu werden. Aber es kann passieren, dass Wirtschaftsverbände oder FDP das verlangen.

Was halten Sie von der Kritik mancher Wirtschaftsverbände, die Richtlinie würde einheimische Unternehmen überfordern?

Nicht viel. Sicher, sie müssen sich umstellen und oft auch neue Verfahren einführen. Aber das Entscheidende ist, dass EU-Firmen sich darum bemühen, die Menschenrechte in ihren Zulieferfirmen zu gewährleisten. Können Sie dieses Bemühen nachweisen, haben sie die wesentliche Pflicht schon erfüllt.

Die Diskussion über die schlechten Zustände in den weltweiten Zulieferfabriken begann vor etwa 30 Jahren. Das hing mit der Globalisierung zusammen. Europäische Unternehmen verlagerten die Produktion in Länder mit niedrigeren Kosten und weniger menschenrechtlichem Schutz. Kann man sagen, dass Europa dieser Entwicklung nun sozialen Fortschritt entgegensetzt?

Bisher haben Unternehmen und Verbraucher:innen von den oft schlechten Zuständen in den Ländern des globalen Südens profitiert. Jetzt wird sich Europa endlich seiner Verantwortung bewusst. Das kostet Geld – bessere Arbeitsbedingungen sind nicht zum Nulltarif zu bekommen. Wenn die Zulieferer beispielsweise die Löhne erhöhen, schlägt sich das in den Preisen der Produkte nieder. Einen Teil davon werden die Konsument:innen bezahlen.

Außerdem will die EU den Marktzugang für Produkte erschweren, die mit Zwangsarbeit hergestellt wurden. Dabei geht es zunächst vor allem um die Fertigung in der chinesischen Provinz Xinjiang. Werden soziale Standards neuerdings auch zum Hebel in der geoökonomischen Auseinandersetzung mit autoritären Systemen?

Die USA haben bereits eine solche Regelung gegen Zwangsarbeit. Ob das soziale Anliegen besserer Arbeits- und Umweltbedingungen sowie die neue Geopolitik Hand in Hand gehen, ist noch nicht abzusehen. Möglich erscheint das jedoch: Wir sehen ja auch die Tendenz, Staaten als Handelspartner zu bevorzugen, die die eigenen Werte teilen.

Mit der EU-Lieferketten-Richtlinie zeigt sich auch, dass Europa und der Westen die Lebensbedingungen weltweit beeinflussen können.

Als eine der großen Wirtschaftsregionen der Welt hat die EU ökonomische Macht. Diese kann sie negativ nutzen. Oder positiv – wenn sie Verantwortung übernimmt.

Foto: Harald Sippel

Markus Krajewski ist seit 2010 Professor für Öffentliches Recht und Völkerrecht an der Universität Erlangen-Nürnberg.

Sieht friedlich nur aus: Ein versenkter Munitionsrest in der Ostsee Foto: Forschungstauchzentrum CAU Kiel/dpa

Rostende Munition soll raus aus dem Meer

Auf dem Boden von Nord- und Ostsee schlummern massenhaft explosive Kisten und Fässer – Überreste der zwei Weltkriege. Fischer warnen vor nicht mehr essbaren Fischen

Von **Heike Holdinghausen**

Genug gebadet: Nach über 70 Jahren holen Bund und Länder gefährliche Weltkriegsmunition aus Ost- und Nordsee. Geplant wird das Megaprojekt seit Langem, nun tritt es in seine praktische Phase. Erste Verträge mit Firmen, die sich an der Bergung und Entsorgung der Munition beteiligen, stünden kurz vor dem Abschluss, heißt es aus dem Ministerium, im Sommer soll es richtig losgehen.

Auf dem Meeresboden von Nord- und Ostsee liegen insgesamt 1,6 Millionen Tonnen Munition aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg. Die Fässer und Kisten sind dort zum Teil nach Kriegsende versenkt worden, um sie schnell unschädlich zu machen. Experten beobachten mit großer Sorge diese Altlasten, weil sie im Salzwasser zu rosten beginnen und Schwermetalle und dann andere Gifte abgeben können. Diese drohen über Muscheln und Fische auch in die menschliche Nahrungskette zu gelangen und die ohnehin verschmutzten marinen Ökosysteme noch stärker zu belasten.

Darum hat das Bundesumweltministerium das „Sofortprogramm zur Munitionsbergung“ aufgelegt, wie es sich die Ampelregierung in ihrem Koalitionsvertrag vorgenommen hatte. 100.000 Millionen Euro stellt der Bund bereit, um die Technik und Infrastruktur zu entwickeln, die für die Bergung notwendig sind. Das Geld finanziert dabei lediglich die Pilotphase. Die Mittel für die anschließende, jahrzehntelange Bergung soll von Bund und Ländern gemeinsam aufgebracht werden.

Das Pilotprogramm startet im Sommer. Dabei werden verschiedene Techniken und Maschinen – beispielsweise Greifarme und selbstfahrende Unterwasserfahrzeuge – entwickelt und getestet. Diese gibt es bislang nicht. Ebenfalls neu entwickelt wird eine schwimmende Plattform, von der aus die Bergung und Entsorgung – meist an Land – organisiert werden kann. Entsorgt wird die unbrauchbare Munition in speziellen Öfen, die Sprengstoff verbrennen können. Ziel sei eine „sichere und effektive Verfahrenskette“, heißt es aus dem Ministerium. Die Erkenntnisse sollen einfließen in

> Auf dem Meeresboden von Nord- und Ostsee liegen 1,6 Millionen Tonnen Munition

die anschließende Konstruktionsphase der Plattform und der letztlich eingesetzten Werkzeuge. Ende 2026, so der Plan, soll die industrielle Bergung der Munition beginnen. Weil die Entwicklung von Plattform und Technik für die eher mittelständisch organisierte Branche, die mit Munitionsbergung befasst ist, technologisch durchaus herausfordernd ist, wird das Vergabeverfahren als „Innovationspartnerschaft“ organisiert. Das heißt, dass Experten von Bund und Ländern sowie dem Projektträger Jülich mit interessierten Unternehmen zusammen arbeiten und gemeinsam entwickeln, welche Techniken und Verfahren am Ende angefragt werden. Erfahrung besteht bislang vor allem bei der Bergung größerer Minen und Bomben, die für den Umgang mit Kisten und Fässern voller Sprengstoff nur zum Teil angewendet werden kann.

Bis wann die ganzen 1,6 Millionen Tonnen des Militärmülls vom Meeresboden gehoben und entsorgt werden können, lässt sich kaum abschätzen. Das Ministerium sieht die Aufgabe als ein Generationenprojekt. Während der Pilotphase in diesem Sommer sollen 60 Tonnen, letztendlich jährlich 750 Tonnen jährlich geborgen werden.

Getestet wird zunächst an vier Orten in der Ostsee in der Lübecker und der Mecklenburger Bucht. Anders als in der Nordsee, in der Ebbe und Flut den Meeresboden heftig bewegen und die Munitionskisten unter zum Teil meterhohen Sandschichten begraben haben, liegt die versenkte Munition in der Ostsee „wie auf einem Tablett“, so ein Experte. Zudem gelten die Altlasten in dieser Gegend als weitgehend ungefährlich und damit handhabbar. Die vier Orte für das Pilotprojekt seien nach wissenschaftlichen Kriterien ausgesucht worden; dies mache sie gut geeignet, um erste Erfahrungen zu sammeln.

Im Deutschen Fischereiverband in Hamburg ist man erleichtert, dass die Bergung endlich startet. „Das Problem kommt immer dringlicher auf uns zu“, sagt ein Sprecher des Verbandes. „Wenn wir jetzt nichts unternehmen, könnte es passieren, dass die Fische nicht mehr lebensmitteltauglich sind“. Eine Neuauflage des Problems droht zumindest in Nord- und Ostsee nicht: Dort wird inzwischen keine Munition mehr versenkt.

taz genossenschaft

Der taz Klub in Hamburg!

Im taz Klub diskutieren wir Themen, die uns alle angehen. Das Besondere: Es gibt keine Bühne für ein paar wenige, sondern freie Plätze im Stuhlkreis für alle. Wir bleiben nicht theoretisch, sondern entwickeln Lösungsansätze. Zusammen gegen Machtlosigkeit!

#gegenrechts

– Was können wir alle langfristig tun?

mit Lana Wittig und Gästen

nächster Termin:

Donnerstag, 21. März 2024
18.30 Uhr
Einlass 18.00 Uhr

betahaus/Schanze
Efflerstr. 43
22769 Hamburg

Eintritt frei / Anmeldung erforderlich

Mehr Informationen zur Anmeldung unter taz.de/geno